



DER VORSITZENDE

Herrn
Dr. Marcus Optendrenk
Minister der Finanzen
des Landes Nordrhein-Westfalen
Jägerhofstr. 6
40479 Düsseldorf

7. Juli 2023
spre/ste

Geplante Rohstoffabgabe auf Kies und Sand

Sehr geehrter Herr Minister,

als Bund der Steuerzahler NRW sprechen wir uns gegen die von der Landesregierung geplante Rohstoffabgabe auf Kies und Sand aus. Diese Abgabe hätte nicht nur negative Auswirkungen auf die bereits unter Fachkräftemangel sowie hohen Zinsen und Baukosten leidende Baubranche, sondern ebenfalls auf die Inflation und die Wirtschaftsleistung ganz Nordrhein-Westfalens. Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens ist bereits durch die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine geschwächt und Sie würden ihr mit einer zusätzlichen Abgabe eine zusätzliche Last aufbürden. Die Kosten für notwendige private und öffentliche Investitionen, wie z. B. in die Infrastruktur und zum Bau von Wohnungen, würden sich durch die Abgabe zudem weiter erhöhen und vermutlich weiter aufgeschoben werden.

Die Einführung einer Rohstoffabgabe brächte zusätzliche Bürokratie sowie zahlreiche neue Probleme mit sich und würde dennoch nicht die gewünschte Wirkung erzielen. Der Kies- und Sandabbau in Nordrhein-Westfalen würde sich zwar voraussichtlich verringern, aber durch Importe aus dem In- und Ausland würde keine Reduktion des Ressourcenverbrauchs stattfinden und durch die längeren Transportwege die Verkehrsbelastung steigen. Zur Erreichung des unterstützenswerten Ziels, den Ressourcenverbrauch einzudämmen, sind andere Maßnahmen zu bevorzugen. Da wäre beispielsweise die vermehrte Nutzung von Sekundärbaustoffen oder recycelten Rohstoffen bei öffentlichen Bauvorhaben zu nennen. Damit würden Sie auch die aufgrund der unsicheren Rechtslage zu erwartenden Klagen aus der Baubranche umgehen.

Aus diesen Gründen sind wir gegen die Einführung einer solchen Abgabe. Die Landesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion zu machen.

Für die Transformation zu erneuerbaren Energien sind möglichst günstige Rohstoffe und private Investitionen unerlässlich. Diese wird es nur in einem gesunden wirtschaftlichen Umfeld geben. Deshalb fordern wir Sie auf: Verzichten Sie auf die Einführung der Rohstoffabgabe und verwenden Sie Ihre Energie darauf, Ihre zentralen Ziele aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen.

Wir stehen Ihnen jederzeit für einen Austausch mit unserer Expertise zur Verfügung und freuen uns auf Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen



Rik Steinheuer